DEUTSCHE STEUER-GEWERKSCHAFT
Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung

Sachsen Blickpunkt

Mitteilungsblatt der Deutschen Steuer-Gewerkschaft Landesverband Sachsen

Jahrgang 18 1/2011

Positionen

„Behörden-Monopoly auf Sächsisch“ „Tausenden droht der Zwangsumzug“ „Gewinner und Verlierer der Behördenreform“ „So will Sachsen 17.000 Stellen einsparen“ „Freistaat rückt vom Bürger weg“ - so lauteten einige Überschriften der Presseartikel in den letzten Tagen.

Das wichtige daran: Alle hatten sie – leider! – Recht.

Doch erst einmal das Positive. Die Politik hat Wort gehalten und gesagt, wie die Neustrukturierung der sächsischen Finanzämter aussehen soll. Und dies sogar zum angekündigten Termin! Insoweit besteht nun Klarheit. Doch jetzt gehen die Fragen los und derer gibt es nicht nur aus der Sicht der Beschäftigten viele! Beginnend damit: Wie ist der Fahrplan hin zu den 17 Ämtern? Eine allgemeine Aussage, dass dieser Prozess 10 bis 15 Jahre dauern wird, reicht Niemanden. Zumal, und da bin ich mir relativ sicher, es länger dauern wird. Dass unsere Kolleginnen und Kollegen nicht nur die Aussage benötigen, welche Ämter geschlossen werden, sondern auch wann, auf dieses Problem hatte die Landesleitung den Minister schon mehrfach hingewiesen. Auch beim nächsten Gespräch am 08.März diesen Jahres zwischen Staatsminister Prof. Dr. Unland und der Landesleitung der DSTG wird die Ämterfusion mit ihren Auswirkungen wieder das Thema sein. Besonders die Auswirkungen sind es, die es darzustellen gilt. Und dies nicht nur am 8.März in dem Gespräch, sondern auch bei den weiteren Gesprächen mit den Vertretern der Parteien im Sächsischen Landtag in der nächsten Zeit.

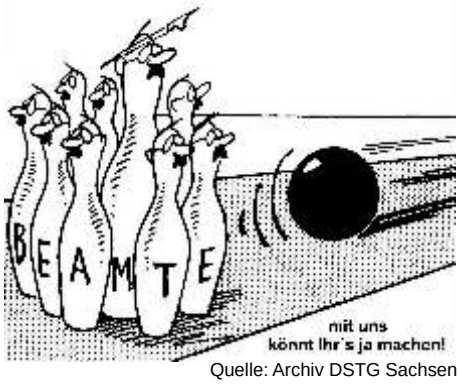
Welche Auswirkungen sind es besonders? Natürlich die längeren Fahrwege zwischen Wohnung und Arbeitsstätte und die damit verbundenen höheren Kosten und Fahrzeiten. Denn ein Umzug wird aus den verschiedensten Gründen für die meisten nicht in Betracht kommen! Die Entfernung vom Bürger in der Fläche und die damit verbundenen Einbußen am Service für den Bürger. Hier müssen klare Aussagen her, wie zukünftig der Service in welcher Qualität sichergestellt werden soll. So wie bisher, dass die personelle Sicherstellung der ausgelagerten Sprechtage sich die betroffenen Ämter selber „aus den Rippen schwitzen“ müssen, darf es einfach nicht mehr geben! Wer die demografische Entwicklung in Sachsen nur auf die Reduzierung der Bevölkerungszahl bezieht, lässt einige Aspekte dieses Prozesses - wie zum Beispiel das Älterwerden der Gesellschaft - außer Betracht. Und wer da, wie zum Beispiel unser Ministerpräsident, glaubt, dass „Amt 24“ und „E-Gouvernement“ es schon richten werden, der ist eindeutig auf dem Holzweg oder anders ausgedrückt, der befindet sich in einer virtuellen Welt und nicht im richtigen Leben. Besonders die zukünftige Lage der Finanzämter in einigen Landkreisen (z.B. Nordsachsen, Mittelsachsen, Erzgebirgskreis) gibt hier für die Zukunft Raum für diese Bedenken. Es gibt aber auch noch andere Aspekte, die zu Lasten der Beschäftigten gehen. Unsere Außenprüfer haben zukünftig weitere Wege zurück zu legen!

Aus dem Inhalt:

Jobticket jetzt möglich	S. 3
Aktuelles us HPR und BPR	S. 4/5
Landeshauptvorstand 2010 und 20 Jahre DSTG Sachsen	S. 8
Terminvorankündigung der Frauenvertretung	S. 10
Aus den Ortsverbänden	S. 11/12

DSTG im Intranet: Intranetlinks-> Gewerkschaften->DSTG Sachsen
DSTG im Internet : www.dstg-sachsen.de + www.dstg-jugend-sachsen.de

Dies hat höhere Reisekosten für den Prüfer, aber auch für den Freistaat zur Folge, den Aspekt der Reisezeit und deren Auswirkung auf die Prüfungsergebnisse will ich gar nicht weiter beleuchten. Da sind unsere Forderungen, besonders in Anbetracht der Preisentwicklungen an den Zapfsäulen, in Richtung Novellierung des Reisekostengesetzes – wie in sechs anderen Bundesländern bereits geschehen – mehr als berechtigt.



Quelle: Archiv DSTG Sachsen

Besonders überrascht wurden die Kolleginnen und Kollegen des gerade fusionierten Landesamtes für Steuern und Finanzen von der Kabinettsentscheidung, dass der Hauptsitz von Chemnitz nach Dresden verlagert wird. Mit Weitsicht oder wirtschaftlichem Handeln hat das nicht viel zu tun. Dies ist wirklich nur „Behörden-Monopoly". Die Sächsische Aufbaubank (SAB) zieht von Dresden nach Leipzig, weil die Landesdirektion nach Chemnitz geht und dafür muss Dresden das LSF bekommen – und die Beschäftigten müssen es ausbaden. Gerade waren im Zuge der Fusion des LSF Beschäftigte von Dresden - mehr oder weniger freiwillig - nach Chemnitz gegangen und hatten sich eingerichtet, zieht die Karawane jetzt wieder in die andere Richtung, im Mittelalter hieß das Völkerwanderung! Über die vergeudete Arbeitskraft und Überlegungen der Kolleginnen und Kollegen des LSF, die sie seit einem Jahr in Vorbereitung und Umsetzung der Fusion von OFD und LFF investiert haben, möchte ich nicht weiter reden, denn da fehlen ganz einfach die Worte! Und wo die Motivation ist – diese Frage kann man nur so beantworten: Im Keller! Mit politischer Weitsicht und ökonomischen Handeln hat diese Entscheidung nicht viel zu tun!

Es fällt auch zunehmend den Führungskräften schwerer, gegen diesen Prozess zu agieren. Nur so ist es zu verstehen, wenn Vorsteher bereits spüren, dass die Beschäftigten nicht mehr mit dem Engagement an die Arbeit gehen, wie noch vor einem Jahr! Die negativen Auswirkungen auf das Steueraufkommen wird man sicher nicht in Euro und Cent messen können, aber zu spüren ist es schon jetzt.

Auf die Ergebnisse der Mitarbeiterbefragung kann man da nur gespannt sein, auch wenn die Kabinettsentscheidungen erst zum Ende der Befragung bekannt wurden und die meisten ihren Fragebogen bereits ausgefüllt hatten.

Noch ein paar Worte zur Mitarbeiterbefragung. Es ist schon bedrückend zu erfahren, dass viele - oder doch nur Einige? – Bedenken hinsichtlich des Datenschutzes hatten und sich daher nicht an der Befragung beteiligt hatten. An dieser Stelle kann ich nur betonen, dass sich der Bezirkspersonalrat sehr intensiv mit dieser Thematik befasst hatte und ständig involviert war. Ich bin der Meinung, dass mit der Nichtteilnahme eine Chance vertan wurde, sich zu artikulieren und so das reale Stimmungs- und Meinungsbild darzustellen. Letztendlich hat sich jeder, der nicht daran teilgenommen hat, selber geschadet. Denn nur wenn Probleme angesprochen werden, können sie behoben werden! Und dies gehört zu einer guten Behördenkultur! Aber vielleicht ist die Nichtteilnahme auch Ausdruck des Frustes und der allgemeinen Demotivation. Zumindest muss die Frage erlaubt sein, warum sich die Teilnahme in den Finanzämtern zwischen 39,6 und 76,5 % bewegt? Auch wenn 59 % Teilnahme an einer Online-Befragung ein guter Wert ist!

Apropos Kultur, diesmal die politische! Auf den offenen Brief der DSTG Landesverband Sachsen an den Ministerpräsidenten vom 20.12.2010 kam bisher noch keine Antwort, weder per Telefon noch schriftlich. Da stellt sich die Frage, ob unsere Argumente die Politik sprachlos gemacht haben oder ob die Kolleginnen und Kollegen mit ihrer Meinung einfach ignoriert werden? Ich hoffe, dass es nur das erstere ist, denn damit können wir noch leben….

Reinhold Mähne
Landesvorsitzender

Humor?! In nicht allzuferner Zukunft ...

Ein Außenprüfer an der Tankstelle: „Ich hätte gern für 10 Euro Benzin.". Der Tankwart antwortet: „ Dann halten Sie mal die Hand auf!"

DSTG fordert wirksamen Schutz der Beschäftigten

… war die Überschrift des Newsletters vom 16.10.2010 und natürlich fragen sich jetzt sicher viele, was hat sich seit dem getan?



Die Landesleitung mit Staatssekretär Voß und Vertretern des SMF

Einiges! Konkret hat die Landesleitung am 24.11.2010 mit dem damaligen Staatssekretär und nunmehrigen Finanzminister von Thüringen, Dr. Voß, ein Gespräch geführt, in dem es nur um dieses eine Thema ging. In Vorbereitung dieses Termins hatte der Landesverband die Mitglieder befragt, was aus ihrer Sicht getan werden müsste, damit der Minister und die Verwaltung nicht nur hinter den Beschäftigten, sondern vor ihnen steht. Viele, viele kluge Gedanken wurden geäußert. Noch einmal an dieser Stelle der Dank des Landesverbandes an alle! Die Landesleitung fasste die Vorschläge zusammen und diskutierte sie mit dem Staatssekretär. Seitens des Finanzministeriums waren bei dem Gespräch Herr Gierl, der bisherige Leiter der Steuerabteilung des SMF, sowie Frau Kapfhammer, die damaiige amtierende Leiterin der Abteilung III des SMF zugegen.

Sehr schnell bestand Einigkeit darüber, dass etwas getan werden muss und das die Finanzverwaltung in erster Linie, trotz aller bisherigen Bemühungen, vorrangig ein Imageproblem in der Öffentlichkeit hat. Im Ergebnis des Gespräches wurde vereinbart, dass im Januar 2011 eine Fortsetzung dieser Thematik auf Arbeitsebene erfolgt, was in der Zwischenzeit im Rahmen einer Arbeitsgruppe auf der Ebene des LSF am 31.01.2011 auch erfolgt ist, erste Beratungen fanden statt. Ergebnisse sollen im März dem Minister vorgelegt werden. Auch im Gespräch mit dem neuen Staatssekretär Herrn König am Rande des Festaktes „20 Jahre DSTG Landesverband Sachsen“ wurde dieses Thema besprochen und die weitere Vorgehensweise festgelegt.

Reinhold Mähne
Landesvorsitzender

JOBTICKET .... manchmal dauert es länger, um Erfolg zu haben ...

Für viele, die täglich die öffentlichen Verkehrsmittel nutzen, um zu ihrem Arbeitsplatz zu kommen, stand sicher schön öfter die Frage: Warum hat mein Arbeitgeber nicht auch mit den Verkehrsverbünden einen Vertrag über ein Jobticket abgeschlossen, wie es große Firmen in der freien Wirtschaft tun. Diese Frage stellte sich die DSTG Sachsen im August 2009 auch! Recherchen ergaben, dass bereits seit 2003 durch unterschiedliche Gremien (z. Bsp. Personalräte) auf den verschiedensten Ebenen Initiativen unternommen wurden, mit den unterschiedlichsten Ergebnissen. Leider wurde aber nie der Grad erreicht, dass es flächendeckend eingeführt wurde. Das Kernproblem dabei war, dass seitens des Arbeitgebers immer nur das Modell „Jobticket mit Arbeitgeberanteil“ betrachtet und, so zum Beispiel im SMWA, für eine kleine Gruppe pilotiert wurde bzw. in weiteren Bereichen wegen der entstehenden Kosten durch die Verantwortlichen einfach abgelehnt wurde.

Der Landesverband untersuchte die Angebote der Verkehrsverbünde in Chemnitz (VMS), Dresden (VVO)und Leipzig (MDV) sowie von DB Regio. Dabei stellten wir fest, dass es in Chemnitz und Leipzig sowie bei DB Regio das Jobticket auch ohne Arbeitgeberanteil gab. Vorrausetzung hierfür war lediglich, dass der Arbeitgeber einen Vertrag abschließt und eine größere Anzahl von Beschäftigten dieses Angebot dann auch nutzen, um die entsprechenden Rabatte zu bekommen.

Diese Möglichkeiten waren Kern des Gespräches, das die DSTG Sachsen (nach Abstimmung mit dem sbb) am 08. September 2009 mit dem Abteilungsleiter 1 und weiteren Vertretern des SMF führte. Besonders hervorgehoben wurde dabei durch die DSTG, dass ohne großen Aufwand für den Freistaat etwas für die Motivation und den Geldbeutel der Beschäftigten getan werden könnte. Die entsprechenden Rechercheergebnisse wurden übergeben. Nun wurde der Verwaltungsprozess in Gang gesetzt - über die Staatskanzlei, die Runde der Abteilungsleiter 1 der Ressorts wieder zum SMF als Verhandlungsführer mit den Anbietern der Jobtickets. In mehreren Gesprächen erkundigte sich der Landesverband immer wieder über den erreichten Stand und wurde teilweise auch etwas ungeduldig. Im Januar 2011 erreichte uns dann die frohe Botschaft, dass die Verträge zwischen dem Freistaat Sachsen und dem Verkehrsverbund Mittelsachsen (VMS), Mitteldeutscher Verkehrsverbund (MDV) und die DB Regio“ unter Dach und Fach sind. Somit steht den Jobtickets in diesen Regionen und dem damit verbundenen Vorteil von 10 %, z.Bsp. auf die Jahreskarte, nichts mehr im Wege! Am 31.01.2011 wurde per Mail die Startinfo „Einführung eines Jobtickets für die Beschäftigten der Landesverwaltung des Freistaates Sachsen für den VMS, MDV und DB Regio verkündet. Leider ist der Verkehrsverbund Oberelbe (VVO) bisher aus verschiedenen Gründen noch nicht bereit gewesen, auf den Arbeitgeberanteil zu verzichten. Die Verhandlungen dauern noch an und wir vertrauen auf das Verhandlungsgeschick unserer Kolleginnen und Kollegen im SMF!

Es war ein langer Weg für die DSTG bis hierher, aber der Erfolg zählt! Für den Bediensteten, für die Verwaltung und auch für die Umwelt! Weitere Informationen zum Jobticket finden sich im Landesweb unter Service / Jobticket bzw. im o.g. Mail.

DSTG Landesverband

Aktuelles aus dem HPR

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wie angekündigt, fand im November die Arbeitstagung des HPR in Niederbobritzsch statt. Das Protokoll dazu kann im Intranet des SMF sowie im AIS nachgelesen werden. Hier nur kurz ein paar Punkte, bei denen sich seit Veröffentlichung des Protokolls noch etwas getan hat:

- Die Fusion der Behörden OFD und LfF zum Landesamt für Steuern und Finanzen (LSF) fand, nach einem entsprechenden Beschluss des Landtages, wie vorbereitet zum 01.01.2011 statt. Nachdem zunächst alles „nach Plan“ lief, bleibt nun abzuwarten, inwieweit sich die Beschlüsse zu Sachsens künftiger Behördenstruktur auf den zukünftigen Aufbau der neuen Behörde auswirken werden. Bekanntermaßen gibt es ja die Vorgabe, dass die Zentrale des LSF nach Dresden wechseln soll.Der HPR war und ist auch weiterhin in der Projektgruppe zur Fusion/Neugründung des LSF vertreten. Es bleibt also spannend …

- Im Gespräch seit vielen Jahren war die zukünftige Struktur der sächsischen Finanzverwaltung. Die Aussage von Niederbobritzsch, dass noch keine Entscheidungen zu den Standorten getroffen worden sei, ist bekanntlich zwischenzeitlich überholt.

Zeitgleich mit Presse und Amtsvorstehern wurde der Vorstand des HPR über die getroffenen Entscheidungen zur künftigen Behördenstruktur informiert. Die Ergebnisse sind bekannt und durch uns nicht zu beeinflussen. Seien Sie aber versichert, dass der HPR den Prozess der Umsetzung der Umstrukturierungen sehr aufmerksam begleiten wird. Als einen ersten Schritt sehen wir ein Gespräch mit Finanzminister Unland am 17. März 2011 im HPR, in dessen Rahmen wir alle aus unserer Sicht notwendigen Rahmenbedingungen erörtern werden.

- Unter dem Thema Sicherheit im Ressort wurde zwischenzeitlich eine Arbeitsgruppe mit Vertretern des SMF, des LSF, der Personalvertretung und Bediensteten ins Leben gerufen. Es fand bisher eine erste Besprechung statt, über konkrete Ergebnisse wird erst zu einem späteren Zeitpunkt berichtet werden können.Daneben gibt es in zahlreichen Behörden erste Kontakte mit polizeilichen Beratungsstellen, um

konkrete weitere Schritte zur Verbesserung der aktuellen Situation abzusprechen. Der HPR wird auch dieses Thema weiter begleiten.

Was passiert noch aktuell im HPR?

- Die neue Regelung zur Wegstreckenentschädigung wurde Anfang Januar durch die Verwaltung bekannt gemacht. Die Nachholung der Mitwirkung des HPR brachte zwar eine Änderung, jedoch wurden nicht alle Anregungen des HPR aufgenommen.Abschließend dazu vielleicht noch Folgendes: Die Entscheidung, ob ein Bediensteter eine Fahrt im Einzelfall tatsächlich durchführt, trifft immer der Fahrer. Hier können beispielsweise gesundheitliche oder persönliche Gründe eine Rolle spielen. Eine Verpflichtung zur Nutzung eines privaten Kfz zu dienstlichen Fahrten gilt daher nie generell und für immer und unter allen Bedingungen.

- Der HPR ist gegenwärtig in Gesprächen mit der Verwaltung zu einer Änderung der DV Betriebliches Eingliederungsmanagement (DV BEM) sowie zur DV Beurteilung. Beide Regelungen bedürfen unseres Erachtens nach einer Neuregelung, da sich Rahmenbedingungen und gesetzliche Vorgaben geändert haben. Hier stehen insbesondere die Gespräche zur DV Beurteilung noch am Anfang, wobei ein Schwerpunkt für die DSTG das Vorziehen der Wirksamkeit der Beurteilung vor den 01.10. (Beförderungsstichtag) sein wird. Sobald es Neues gibt, werden wir berichten.

Ebenfalls angestoßen hat der HPR Gespräche zu einer DV Sucht für den Geschäftsbereich. Dieses Thema steht schon seit Jahren auf dem Katalog des HPR, bisher jedoch leider ohne Erfolg. Nunmehr hat auch die Verwaltung das Thema aufgegriffen und plant, eine grundsätzliche Regelung für den Geschäftsbereich zu erarbeiten.

Nannette Seidler
stellv. HPR- Vorsitzende

Aktuelles aus dem BPR

Auch nach der Arbeitstagung des BPR – oder gerade deshalb? – liegen weiter viele Arbeitsthemen beim BPR an.

Einen Schritt nach vorn hat in der Zwischenzeit die Bearbeitungshilfe zur sozialverträglichen Personalauswahl bei erforderlichen Versetzungen und Abordnungen außerhalb des Dienstortes gemacht. Als Einstieg hierzu soll nun eine Verfügung erarbeitet werden, die die förmlichen und informellen Wege in der Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung (Dienststellen und LSF) und den Personalvertretungen (Örtliche Personalräte und BPR) klären soll. Auch wenn dabei noch keine Verständigung hinsichtlich des, aus personalvertretungsrechtlicher Sicht notwendigen, Sozialkriterienkatalogs erfolgte, ist es zumindest der richtige Weg. Wenn dieser mit den entsprechenden Evaluierungsinstrumenten versehen wird, wird er sicher ein erfolgreicher werden.

Noch offen sind beim Vollzug des Sächsischen Reisekostengesetzes auch noch einige Fragen. So u.a. zu möglichen höheren Versicherungsprämien bei der Durchführung von Dienstreisen und Mitnahme weiterer Personen und dienstlichem Material für den Beschäftigten sowie der Begriff der „zuständigen Stelle“ nach § 3 Abs. 1 Satz 2 SächsRKG. Die Verwaltung hat die Klärung dieser Fragen zugesichert, erste Gespräche gab es hierzu.

Positiv ist der Vollzug der Leistungsprämien- und Leistungsstufenverordnung im Jahr 2010. So konnten im Bereich der Finanzämter und der damaligen OFD insgesamt 770.000 Euro, das sind rd. 92 % der zur Verfügung stehenden Mittel, verwendet werden und damit die entsprechenden Leistungen der Kolleginnen und Kollegen honoriert werden. Dabei schwankte die Verwendung der Mittel in den Dienststellen zwischen 78 % und 100 %, nur ein FA fiel mit 54 % etwas ab.

Stärker beschäftigen werden den BPR in naher Zukunft die Thematiken „Ausschreibung herausgehobener Dienstposten“ und besonders die Verwendung der freigewordenen Datenerfassungs- und Schreibkräfte auf Grund der Einführung vielfältiger Software in der Steuerverwaltung. Da diese Themen gerade erst zu Beginn ihrer Bearbeitung sind, wäre es verfrüht, über mögliche Entwicklungen zu berichten. Unsere Kolleginnen und Kollegen können aber sicher sein, dass sich unsere Mandatsträger im BPR für sie einsetzen werden und einen fairen Kompromiss zwischen den Belangen der Verwaltung und denen der Beschäftigten erreichen werden.

Über die Themen Gesundheitsmanagement, Prüfung Arbeitsabläufe und Schutz der Finanzämter werden wir in geeigneter Weise in näherer Zukunft berichten.

Reinhold Mähne
stellv. BPR- Vorsitzender

Bundesweites KONSENS- Seminar 2010


Die Ländervertreter am Tagungsort

Bereits zum 6.Mal fand das KONSENS-Seminar der DSTG statt. Damit ist es neben den Steuerfahnder-Seminaren eine feste Institution, zumindest bisher.

Bei KONSENS könnte ein Außenstehender vermuten, dass es sich bei dem Seminarinhalt um Themen für Führungskräfte oder Mediatoren handelt. Weit gefehlt! Es geht um unsere tägliche Arbeit, besser gesagt, die elektronischen Grundlagen hierfür und damit um die „Softwarezukunft“ unserer Steuerverwaltung. Noch einmal kurz zur Geschichte! Durch Beschluss der Finanzministerkonferenz (FMK) vom 09.07.2004 wurde das Vorhaben KONSENS (Koordinierte neue Software-Entwicklung der Steuerverwaltung) aus der Taufe gehoben, nachdem vorher FISCUS begraben wurde. Seitdem arbeiten alle Bundesländer, wenn auch mit unterschiedlichen Aufgaben und Rollen, sehr intensiv an diesem Projekt und sind eigentlich zum Erfolg „verdammt“. Dies dadurch, dass insbesondere durch den Druck der Politik jährlich FMK-Kriterien beschlossen werden, die auch erfüllt werden müssen. Und dies nach Möglichkeit termin- und qualitätsgerecht, um das Rollout – Übergabe der Software an die Bundesländer – nicht zu gefährden.

Einige werden sich jetzt die Frage stellen: Was hat meine DSTG mit KONSENS zu tun? Ganz einfach: es geht um Verfahrensabläufe, Anforderungen an das Personal und die technische Umgebung und damit um die Arbeitsbedingungen unserer Kolleginnen und Kollegen in den Finanzämtern. Also für unsere Mandatsträger in den Stufenvertretungen von sehr großem Interesse, werden doch dadurch Mitbestimmungstatbestände mehr als nur berührt.

Geleitet wurde das Seminar in bewährter Weise durch Thomas Eigenthaler. Ihm gelang es wieder, die führenden Köpfe aus diesem Projekt als Redner zu gewinnen. Diese berichteten sehr aktuell und kompetent über den gegenwärtigen Stand und die Zukunft dieses Projektes.

Weitere Ausführungen zu diesem Seminar sind auch in der Dezemberausgabe des DSTG-Magazins auf den Seiten 12/13 zu finden.

Wichtige Neuregelungen durch die Änderung des Sächsischen Personalvertretungsgesetzes (gültig ab 21.11.2010)

Ziel des 4. Gesetzes zur Änderung des SächsPersVG war, ein modernes und klares Landespersonalvertretungsrecht und damit eine tragfähige Grundlage für eine moderne leistungsfähige Verwaltung zu schaffen.

Die wesentlichsten Änderungen im Einzelnen:

1) Modifizierung Gruppenprinzip – eine notwendige Anpassung an die tarifrechtlichen Regelungen
Der im Bereich des Bundes und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeber seit 01.Oktober 2005 geltende Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) und der seit 01. November 2006 in Kraft getretene Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) haben die Unterscheidung zwischen Angestellten und Arbeitern aufgegeben und sehen nur noch eine Beschäftigtengruppe– die Arbeitnehmer– vor. Das Sächsische Oberverwaltungsgericht hat in mehreren Beschlüssen ausgeführt, dass Personalratswahlen bereits nach dem geltenden SächsPersVG in zwei Gruppen (Beamte und Arbeitnehmer) durchzuführen sind.

2) Der Wahlzeitraum wurde von 4 auf 5 Jahre erhöht

3) Neuordnung der Mitbestimmungskataloge
Die Regelung des Mitbestimmungsverfahrens (§ 79) sollte vereinfacht und anwenderfreundlich gestaltet werden. Zukünftig erfolgt eine Differenzierung zwischen den Tatbeständen der eingeschränkten Mitbestimmung (§80), in denen die Einigungsstelle eine Empfehlung ausspricht, und den Fällen der vollen Mitbestimmung (§81), in denen sie abschließend entscheidet. Offene Fragen des Mitbestimmungsverfahrens im kommunalen Bereich wurden geklärt.

4) Umsetzung der Richtlinien der Europäischen Gemeinschaft (§ 72)
Umsetzung der Richtlinie 2000/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. Juni 2000 zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft (ABl. EU Nr. L 180 S. 22) und der Richtlinie 2000/78/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2000 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf (ABl. EU Nr. L 303 S. 16).

5) Weitere Anpassungen (§ 32, § 33, § 45, § 68, § 77)
Auf der Grundlage von Praxiserfahrungen mit dem SächsPerVG, wegen zwischenzeitlich vollzogenen Organisationsreformen, neuen Dienststellenstrukturen und gesetzlicher Änderungen sind die Personalvertretungen mehr denn je Ansprechpartner der Bediensteten. Die Personalvertretungen sind es, die versuchen müssen, die Nachteile und Folgen der Reformprozesse abzuwehren und zu sozialisieren. Im Zuge der Maßnahmen der Landesregierung haben die Beschäftigten immer mehr die negativen Folgen zu tragen, fühlen sich zunehmend allein gelassen und müssen den Buckel für die Defizite der Reformen hinhalten. Deswegen erfolgte eine Beachtung der Personalratsstruktur an die neuen Dienststellenstrukturen, so dass sich kein Nachteil im strukturellen und organisatorischen Kräfteverhältnis zu Lasten der Interessenvertretungen ergeben sollte.

Marina Sämisch
stellv. Landesvorsitzende



Landeshauptvorstand 2010 und 20 Jahre DSTG in Sachsen

Am 09./10. Dezember 2010 fand der diesjährige Landeshauptvorstand der DSTG Landesverband Sachsen in Chemnitz statt. Wie immer wurde darüber Rechenschaft abgelegt, welche Themen und Probleme im vergangenen Jahr im Mittelpunkt der Arbeit der Gremien stand.



Staatssekretär König bei seiner Rede

Der Landesvorstand berichtete zuerst, welche Aktivitäten unternommen wurden, um die Interessen der Mitglieder gegenüber der Politik und der Verwaltung durchzusetzen. Besonders verwies er dabei darauf, dass der Föderalismus immer mehr in der täglichen Arbeit seine Auswirkungen und damit Anforderungen zeigt. Zugleich wurden im Bericht die Anforderungen an die DSTG unterstrichen: Kompetenz, Engagement und Schnelligkeit in der Information.

Besonders die Sicherstellung des Informationsflusses, egal ob elektronisch oder in Papierform, stand dabei im Mittelpunkt. Ebenso angesprochen wurde die notwendige enge Zusammenarbeit zwischen den Ortsverbänden und dem Landesvorstand bei der Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen im Ortsverband bzw. Personalversammlungen. Der Landesverband unterstrich noch einmal seine Bereitschaft, hierbei tatkräftig zu helfen.

Berichtet seitens des Landesvorstandes wurde auch über die Aktivitäten, die unternommen wurden, um von den Medien und der Politik, besonders von den Fraktionen des Sächsischen Landtages, wahrgenommen zu werden und die Möglichkeit zu haben, die Anliegen unserer Kolleginnen und Kollegen zu transportieren. Besonders der geplante Stellenabbau durch die Sächsische Staatsregierung bis 2020 und der Doppelhaushalt 2011/2012 waren die Themen, die den Landesverband in 2010 stark beschäftigten. Ebenso berichtete der Landesvorstand darüber, mit welchen Themen er über seine Mandatsträger in den Personalvertretungen beschäftigt war.

Positiv ist auch der Trend in der Mitgliederentwicklung. Besonders in den letzten Monaten des Jahres war der Zustrom neuer Mitglieder enorm. Die Gründe hierfür sind zwar vielfältig, hauptsächlich aber eine Reaktion auf die aktuelle Politik und die Erkenntnis, dass es ohne starke Gewerkschaften nicht geht.

Neben dem Bericht des Landesvorstandes berichteten die Frauen- und die Jugendvertretung über ihre spezifischen Maßnahmen im letzten Jahr. Im Tarifbericht wurde schon der erste Ausblick auf die Tarifrunde 2011 gegeben und die Anwesenden auf die zu erwartenden Auseinandersetzungen eingestimmt. Umfangreich wurde über den Rechtsschutz berichtet, insbesondere deshalb, weil in 2010 die meisten Rechtsschutzverfahren in den letzten Jahren gewährt wurden.

Die Kassenprüfer konnten dem Landesvorstand bescheinigen, dass er mit den anvertrauten Geldern sehr verantwortungsbewusst und sparsam umgegangen ist.

Breiten Raum in der Arbeit des Landeshauptvorstandes nahm die Arbeit in den Gruppen ein. Schwerpunkte hierbei waren die Themen:

- Mitgliedergewinnung und Betreuung
- Zusammenarbeit mit den Ortsverbänden und örtlichen Personalräten
- Vorbereitung der Personalratswahlen 2011
- Informationsversorgung und Öffentlichkeitsarbeit ein
- Sport

Bei einem gemütlichen Zusammensein, zu dem auch „Aktivisten der ersten Stunde“ eingeladen waren, fand der 09.12.2010 seinen Ausklang und wurde gleichzeitig, zumindest schon gedanklich, zum Festakt am 10.12.2010 übergeleitet.



Blick auf die Gäste

Der Festakt „20 Jahre DSTG Sachsen“ fand am 10.12.2010 in Chemnitz statt und damit genau 20 Jahre nach seiner Gründung in Dresden. Auch wenn hierbei nicht der aktuelle Ministerpräsident die Festrede hielt, wie es vor 20 Jahren der Fall war, tat es dem festlichen Charakter keinen Abbruch. Waren doch das Mitglied des Deutschen Bundestages Herr Manfred Kolbe und die Mitglieder des Sächsischen Landtages Herr Tischendorf von der Fraktion DIE LINKEN, Frau Friedel von der SPD-Fraktion Frau Giegengack von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie Herr Prof. Schmalfuß von der FDP-Fraktion seitens der Politik anwesend und begrüßten, bis auf die FDP-Fraktion, die Anwesenden mit einem Grußwort. Die CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages war durch ihren Geschäftsführer Herrn Winter vertreten.

Begrüßt werden konnte ebenso der neue Staatssekretär im SMF, Herr Hansjörg König, der zugleich Festredner war und damit seine „Antrittsrede“ vor seiner Hausgewerkschaft hielt. Eingeleitet wurde der Festakt durch einen Trailer, der in Bildern die 20 Jahre DSTG Sachsen Revue passieren ließ. Nach der Begrüßung der Anwesenden hielten der Ehrenvorsitzende Kollege Achim Rothe, der ehemalige Vorsitzenden und jetzige Chef des sbb Kollege Günter Steinbrecht sowie der amtierend Vorsitzende Kollege Reinhold Mähne Rückschau auf die letzten 20 Jahre. Bereichert wurden die Reden durch den Bundesvorsitzenden der DSTG Dieter Ondracek, der Rückblick und Ausblick zugleich gab. Gleichzeitig erteilte er dem Staatssekretär „Absolution“ wegen des terminlich verhinderten Finanzministers. Im Schlusswort ging der Landesvorsitzende besonders auf die bevorstehenden Aufgaben ein und dankte allen, den Vertretern der DSTG-Bundesleitung, den Mitgliedern der anderen Landesverbände, den zahlreich erschienen Vertretern der Verwaltung, den Vorstehern der Finanzämtern sowie den Mitgliedern der DSTG Sachsen, die extra zum Festakt nach Chemnitz gekommen waren, für ihr Erscheinen und lud sie zum Stehempfang ein. Diese Einladung wurde von allen dankend angenommen, war es doch so möglich in gemütlicher Runde die Gespräche fortzuführen.



Hervorzuheben ist, dass am 10.12.2010 379 Mitglieder des Landesverbandes für 20-jährige Mitgliedschaft in der DSTG Sachsen mit einem kleinen Präsent und einer Urkunde geehrt werden konnten!

Verweisen möchte die Landesleitung noch einmal auf die Chronik, die jedes Mitglied erhalten hat und die demnächst auch auf der Internetseite der DSTG Sachsen – und dann in Farbe – abrufbar ist.

Vorankündigung

Die Frauenvertretung der DSTG Sachsen führt vom 01.04. – 02.04.2011 in Leipzig ihre Hauptversammlung als zweitägige Beratung durch.

Neben aktuellen Themen aus der Arbeit der Frauenvertretung werden Informationen zu interessanten Fragen, wie der Altersversorgung von Frauen nach Teilzeit, gegeben. Ein weiterer Besprechungsgegenstand wird die Personalratswahl im Mai 2011 sein. Die Tagung wird derzeit vorbereitet, weitere Themen sind geplant.

Teilnehmerinnen werden die Frauenvertreterinnen der DSTG aus den Ortsverbänden sein, somit je eine Frau pro Behörde. Ich bitte, den Termin zu planen und die Teilnahme einer Vertreterin abzusichern.

Soweit noch nicht geschehen, bitte ich zeitnah eine Ansprechpartnerin gegenüber dem Landesvorstand zu benennen. Die Einladung zur Tagung erfolgt direkt an die Frauenvertreterinnen.

Nannette Seidler
Vors. der DSTG Frauenvertretung

20 Jahre DSTG in Mittelsachsen

Wer sich fragt: „Was ist denn Mittelsachen und wo ist denn das?“- dem möchten wir sagen, dass es sich von der Grenze zu Tschechien bis an die Grenzen der Regierungsbezirke Leipzig und Dresden erstreckt. Mittelsachen entstand im Jahr 2008 aus den Landkreisen Döbeln, Mittweida und Freiberg. Alle drei Kreise haben seit 1990 ein Finanzamt und nun gibt es einen Landkreis mit drei Finanzämtern.

Da wir wissen, dass es Veränderungen in der Struktur der Finanzämter geben wird und die Verwaltung uns aber dazu bisher im Ungewissen gelassen hat, wollten wir als DStG Ortsverbände etwas Licht in die Sache bringen. Zum Organisationsteam schlossen sich Jens Kunad, Manja Eichler, Sandra Nöbel und Irmgard Kühn zusammen. Von uns wurden alle Mitglieder aus den Ortsverbänden Döbeln, Mittweida und Freiberg eingeladen, um sich kennenzulernen, Ideen über zukünftige gewerkschaftliche Aktivitäten auszutauschen und beim gemeinsam Bowling den ersten mittelsächsischen Bowlingmeister der DStG bei den Damen und Herren und in der Mannschaftswertung zu ermitteln.


Die fröhlichen Bowler/- innen aus Mittelsachsen

Fast 30 Kolleginnen und Kollegen trafen sich am 10.11.2010 im Zellwaldcenter in Großvoigtsberg. Auch unserer Landesvorsitzender Reinhold Mähne war mit dabei.

Nach der Begrüßungsrede und einer kleinen Rückschau wurde mit Sekt auf die erfolgreich zurückgelegten 20 Jahre und besonders auf das Wohl der DStG- Sachsen angestoßen. Dabei wurde scherzhaft verabredet, dass der Sitz des mittelsächsischen Finanzamtes das Amt der heutigen Siegermannschaft wird.

In drei Wertungsrunden wurden die besten Bowlingspieler ermittelt. Die Striks und Spars, jede Kugel die keine Ratte war, wurden bejubelt. Alle hatten viel Spaß und schauten immer wieder Neugierig wie es auf den Nachbarbahnen läuft und zum Schluss waren die Kollegen und Kolleginnen aus Döbeln die Besten. Die Siegerin bei den Damen war sogar besser als der Sieger bei den Männern.

Die Sieger erhielten mit Siegerurkunden schwarz auf weiß, dass sie die ersten mittelsächsischen Bowlingmeister sind und - Sekt zum Anstoßen/ Feiern. Unsere Veranstaltung wurde bei gutem teilweise recht scharfem mexikanischem Essen kulinarisch abgeschlossen. Dabei wurde vereinbart, das egal wann und wie die Verwaltung entscheidet, die drei Ortsverbände im Jahr 2011 wieder gemeinsam eine Aktion starten, um die Gemeinsamkeit der DStG in Mittelsachsen zu stärken/bekräftigen.

Irmgard Kühn
Vorsitzende OV FA Freiberg

20 Jahre DSTG im OV DD II

Am 03.11.2010 trafen sich 20 Mitglieder der DTSG, Ortsverband Finanzamt Dresden II, zum Tag der politischen Bildung. Aus Anlass des 20-jährigen Bestehens unserer Gewerkschaft im Osten Deutschlands begannen wir den Tag mit einem ausgiebigen gemeinsamen Frühstück. Dazu hatten wir den sächsischen DSTG-Vorsitzenden Reinhold Mähne eingeladen. Die Zeit verging mit frühstücken und sehr interessanten Diskussionen, auch über die von der Landesregierung beabsichtigte Streichung unserer Sondergratifikation, viel zu schnell, denn um 10.00 Uhr hatten wir uns im Sächsischen Landtag angesagt.

Pünktlich empfing uns Herr Nitzsche, ein Politikstudent, der ehrenamtlich Besuchergruppen führt. Um die Plenartagung auf der Besuchertribüne beobachten zu können wurden wir entsprechend vergattert. Zunächst händigte uns Herr Nitzsche einen Flyer aus, aus dem wir die Sitzeinteilung der Fraktionen und deren Abgeordneten im Landtag entnehmen konnten. Gleichzeitig teilte er uns mit, dass wir auf der Besuchertribüne weder essen noch trinken dürften und uns jeglicher Kommentare in Form von Zustimmungen, Ablehnungen, Klatschen u. ä. zu enthalten hätten. Nachdem wir die Sicherheitskontrollen passiert hatten, wurden wir auf unsere Plätze geführt und konnten der im Saal gerade stattfindenden Diskussion zur Bildungspolitik folgen. Es war sehr spannend, den Schlagabtausch der einzelnen Fraktionen zu verfolgen. Dabei wurden auch die Plätze verlassen, um sich mit einzelnen Teilnehmern der eigenen oder anderer Fraktionen schnell auszutauschen, sei es direkt im Plenarsaal oder auch auf der Zuschauertribüne. Nach 45 Minuten war unsere Zeit leider um.

Herr Nitzsche beantwortete uns in einem separaten Raum viele Fragen die sich nach unserer Teilnahme ergaben. So erfuhren wir, wie die Redezeit auf die einzelnen Faktionen verteilt wird, wie oft jede Fraktion das Recht der Erwiderung bekommt, dass der vorherige Redner noch etwas entgegnen kann, wenn der nach ihm kommende Redner direkt auf den vorherigen Beitrag eingegangen ist usw.

Mit Spannung erwarteten wir dann die Begegnung mit Abgeordneten. In unserem Fall waren Frau Antje Hermenau von den Grünen und Frau Aline Fiedler von der CDU bereit, sich unseren Fragen zu stellen und mit uns zu diskutieren. An der Diskussion beteiligten sich unsere Mitglieder äußerst rege. Natürlich sprachen wir die Probleme an, die uns derzeit drücken, wie z. B. den geplanten Fortfall unser Sondergratifikation im Jahr 2011. Frau Hermenau meinte dann, dass sich ihre Fraktion bereits überlegt habe, dass es bis zur Gehaltsgruppe A9 unsozial wäre, die Gratifikation fortfallen zu lassen. Schnell erläuterten ihr unsere Gewerkschafter, dass ein Beamter, der gerade zur A10 befördert worden ist, im Endeffekt weniger Geld bekommen würde, als ein Kollege, der in der Endstufe der A9 verbleibt. Im Übrigen machten wir den beiden Abgeordnetinnen klar, dass wir die Sondergratifikation keineswegs als soziale Maßnahme begreifen würden und erläuterten auch, welche Kürzungen in den vergangenen Jahren von den Beamten bereits hingenommen werden mussten, angefangen beim Behördentag, dem Urlaubsgeld usw. usf.. Frau Hermenau fragte dann, wie wir dazu stehen würden, wenn die bisherige Sondergratifikation auf die einzelnen Monate aufgeteilt und somit Bestandteil des Monatsgehalts werde. Dieser Gedanke fand unsere Zustimmung. Für uns doch innerlich etwas erheiternd war ihre diesbezügliche Bemerkung, dass die Mittel für die Einarbeitung in unser Gehalt aus einem anderen Topf kämen als die für unsere Sondergratifikation.

Auch hier ging die Zeit viel zu schnell vorbei. Noch mitten in der Diskussion stehend, mussten beide Abgeordnete nach Ertönen eines Gongs (ähnlich dem, der im Kino den Hauptfilm einläutet) schnell unsere Runde verlassen, um im Plenarsaal pünktlich zu einer Abstimmung zu erscheinen.

Aber wir hatten ja auch noch etwas vor. Nach einer Pause, die die Einen zu einem schnellen Mittagessen verwandten, während sich die Anderen anderweitig beschäftigten, stand unser Gesprächstermin mit dem sächsischen Datenschutzbeauftragten, in unserem Fall mit einem seiner Mitarbeiter, an. Herr Andreas Schneider empfing uns im Foyer des Gebäudes, in dem die einzelnen Fraktionen untergebracht sind und führte uns in einen Sitzungssaal. Dort machte er uns mit Sinn und Notwendigkeit des Datenschutzes bekannt. So wird nicht nur der Datenschutz in den einzelnen Behörden überprüft und Verletzungen gerügt, auch jeder Bürger kann sein Anliegen vortragen und um Prüfung bitten, wenn er meint, dass seine persönlichen Daten gegenüber Unbefugten offenbart worden sind. Anweisungen zur Änderung kann der Datenschutzbeauftragte jedoch nicht geben. Im Allgemeinen mahnte Herr Schneider mehr Sensibilität bei der Preisgabe persönlicher Daten an. Jeder von uns hat sicher schon erlebt, dass plötzlich Postsendungen und Werbungen, persönlich adressiert und auch auf den jeweiligen Adressaten zugeschnitten, ins Haus flatterten und man sich beim besten Willen nicht erinnern konnte, dem Absender je seine Daten bekannt gegeben zu haben. Auch diese Informationen zum Datenschutz waren sehr interessant und haben sicher

alle Teilnehmer zum Nachdenken gebracht. Mit diesem Gespräch ging dieser für alle äußerst interessante Tag zu Ende. Ausnahmslos von allen Teilnehmern wurde der Wunsch geäußert, eine ähnliche Veranstaltung schon im nächsten Jahr folgen zu lassen.

Wir bedanken uns ganz herzlich bei unseren beiden Organisatorinnen Jasmin Adam und Annegret Püschel für den rundum gelungenen Tag.

Regina Weiß
OV FA DD II



Am 4. Februar begannen die Tarifverhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL).

Die Kernforderungen der dbb tarifunion lauten:

-Erhöhung der Tabellenentgelte (TV-L und TVÜ-Länder) sowie der Ausbildungsentgelte (TVA-LBBiG und Pflege) um 50 Euro als Sockelbetrag und darauf eine Anhebung um 3 Prozenteine
-Laufzeit 14 Monate, ab dem 1. Januar 2011 die Übernahme aller Auszubildenden im Länderbereich
-die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des materiellen Gehalts der Tarifeinigung auf den Beamtenbereich
-die Umsetzung der Vereinbarung vom 1. März 2009 zur Eingruppierung innerhalb der Einkommensrunde 2011
-eine gewerkschaftliche Vorteilsregelung für dbb Mitglieder

Friedemar Schmidt
Mitglied der Landesleitung, Mitglied der Tarifkommission beim sbb und DSTG-Bund

Deutschlandturnier der FÄ 2011

Wer aufmerksam den Finanz-Spiegel 04/2010 gelesen hatte, wird den Bericht über das 35. Deutschlandturnier der Finanzämter in Aachen bemerkt haben. Es ist zu hoffen, dass dadurch das Interesse oder sogar der Wunsch geweckt wurde, zur sächsischen Mannschaft beim 36. Deutschlandturnier 2011 vom 15. bis 17. September 2011 in Esslingen am Neckar dazu zu gehören. Es ist nun soweit, dass die Ausschreibungen dieses Turniers vorliegen. Die Meisterschaften werden in folgenden Disziplinen ausgetragen:

Fußball/ Schach/ Tischtennis Damen und Herren/ Tennis Damen und Herren/ Skat/ Drachenboot/ Volleyball-Mixed/ Bowling Damen und Herren/ Kegeln Damen und Herren

Wer sich für eine der Disziplinen bewerben möchte, melde sich bitte bis spätestens 25.02.2011 bei Mark Rentzsch. Die vorläufige Meldung der Teilnehmer an das Orga-Team in Esslingen muss **bis zum 28.02.2011** erfolgen. Bei Fragen: Einfach anrufen oder per Mail!

Kleiner Hinweis noch: Die teilnehmenden DSTG-Mitglieder erhalten wie immer einen Zuschuss!!!

Herausgegeben von der Deutschen Steuer-Gewerkschaft Landesverband Sachsen, Verantwortlich für den Inhalt und Kontaktadresse: Reinhold Mähne (OFD Chemnitz (BPR) 0371/4573950 bzw. FA Meißen 03521/718 1136), Redakteur: Albrecht Schilde (FA Grimma 03437/940209) eMail: dstg-sachsenblickpunkt@gmx.de; Gezeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, die mit der Meinung der DSTG und der Redaktion nicht übereinstimmen muss. Bei Leserbriefen behalten wir uns Kürzungen und redaktionelle Änderungen vor